



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,



in der neuesten Ausgabe meines Berichts aus Berlin informiere ich Sie über die Bundesversammlung und die in ihr erfolgte Wahl des bisherigen Außenministers Frank-Walter Steinmeiers zum neuen Staatsoberhaupt. Neben den aktuellen politischen Geschehnissen aus Berlin gebe ich Ihnen einen Einblick über meinen Einsatz für Mannheim. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Ihr

#### HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Bundesversammlung wählt neuen Bundespräsidenten](#)
2. [Beratung des Entwurfes zur Änderung des Grundgesetzes](#)
3. [Beratung des Gesetzesentwurfes zum bundesstaatlichen Finanzausgleichsystem](#)
4. [Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen](#)
5. [Heil- und Hilfsmittelversorgung](#)
6. [Änderung des Strafgesetzbuches](#)
7. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)

## **1. Bundesversammlung wählt neuen Bundespräsidenten**

Die Bundesversammlung hat den bisherigen Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zum neuen Bundespräsidenten gewählt. Damit geht die Amtszeit von Joachim Gauck zu Ende. Die Präsidentschaft Gaucks, des ersten Staatsoberhauptes aus den „neuen Bundesländern“, bewerte ich insgesamt positiv. Er hat sein Amt überparteilich wahrgenommen und ich hoffe, daß Frank-Walter Steinmeier dies ebenso tut, obwohl er direkt aus dem politischen Geschäft ins höchste Staatsamt wechselt. Für die CDU/CSU ergibt sich durch die personelle Rochade bei der SPD eine neue Situation, die nach meiner Einschätzung eine große Herausforderung darstellt. Der Verzicht von Sigmar Gabriel auf die Kanzlerkandidatur und sein Wechsel als Nachfolger Steinmeiers im Außenamt waren kluge Schachzüge. Denn Kanzlerkandidat Martin Schulz kann nun Wahlkampf machen, ohne jemals Teil der Großen Koalition gewesen zu sein, für die in der SPD Sigmar Gabriel steht. Für die CDU/CSU wird der Wahlkampf gegen Martin Schulz, der quasi das „Gesicht Europas“ darstellt, nicht einfach werden. Des weiteren wird sie sich mit einem gewissen Wechselverlangen der Bundesbürger nach 12 Jahren Kanzlerschaft von Angela Merkel auseinandersetzen haben. Erstmals muß ein bundesweiter Wahlkampf sowohl gegen Konkurrenz aus dem grün-linken als auch aus dem konservativ-rechten Spektrum geführt werden. Der SPD werden im Vorfeld der Bundestagswahl vermutlich auch die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein in die Hand spielen, handelt es sich doch hierbei um zwei Bundesländer, in denen sie traditionell stark abschneidet und die Regierung führt. Nicht unterschätzen sollte man auch die Wirkungen des Brexit und der anstehenden Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich. Die hier zu erwartende Erstarkung rechter und antieuropäischer Kräfte kann Martin Schulz als „Mister Europa“ und Stabilitätsfaktor bei geschickter Wahlkampfführung zu seinem Vorteil ausnutzen. Dies sind einige Gründe, weshalb ich auf die Union einen besonders schwierigen Wahlkampf zukommen sehe. Allein mit der Warnung vor Rot-Rot-Grün wie in vergangenen Wahlkämpfen ist die Bundestagswahl 2017 für uns nicht mehr zu gewinnen. Das Adenauer-Haus mit Generalsekretär Peter Tauber MdB an der Spitze ist gemeinsam mit jedem Kandidaten und jeder Kandidatin besonders gefordert, sich auf den zu erwartenden herausfordernden Wahlkampf gut vorzubereiten.

## **2. Beratung des Entwurfes zur Änderung des Grundgesetzes**

In erster Lesung wurde im Plenum des Deutschen Bundestages beraten, wie ein Gesetzespaket zur Umsetzung der Beratungsergebnisse der Regierungschefs von Bund und Ländern vom Oktober 2016 dargestellt werden kann. Unter anderem soll der gleichmäßige Vollzug der Steuergesetze verbessert und die Verwaltung der Bundesautobahnen auf den Bund übertragen werden. Die föderalen Finanzbeziehungen werden ab 2020 bis mindestens 2030 auf eine solide Basis gestellt.

### **3. Beratung des Gesetzesentwurfes zum bundesstaatlichen Finanzausgleichsystem**

*In erster Lesung wurde im Plenum ein Entwurf der Bundesregierung zu verschiedenen Neuregelungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beraten. Zentrale Punkte sind in diesem Entwurf der Wegfall des Umsatzsteuervorgewegausgleichs und des Länderfinanzausgleichs im engeren Sinne ab 2020 sowie die Überwachung der Einhaltung der Schuldenbremse durch den Stabilitätsrat. Dem Saarland und Bremen werden Sanierungshilfen des Bundes gewährt, damit die Schuldenbremse eigenständig eingehalten werden kann. Um die Steuerrechte des Bundes bei Finanzhilfen für die Länder zu verbessern, soll der Bund Einfluss auf die grundsätzliche Ausgestaltung der Länderprogramme bei der Verwendung von Bundesmitteln erhalten.*

### **4. Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen**

*Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit muss eine Selbstverständlichkeit sein. Niemand möchte, dass seine Töchter schlechter bezahlt werden als seine Söhne. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wurde das Entgelttransparenzgesetz in erster Lesung im Plenum beraten. Es soll das Verbot der Lohndiskriminierung in der Praxis durchzusetzen und ermöglichen, dass geschlechtsbezogene Diskriminierung bei der Bezahlung leichter erkannt und beseitigt werden kann.*

### **5. Heil- und Hilfsmittelversorgung**

*In zweiter und dritter Lesung wurden Verbesserungen der Heil- und Hilfsmittelversorgung für gesetzlich Krankenversicherte beschlossen. Die Beratungs- und Informationsrechte der gesetzlich Versicherten über Leistungsansprüche und Versorgungsmöglichkeiten werden damit gestärkt und bringen eine fortlaufende Aktualisierung des Hilfsmittelkataloges auf den Weg.*

### **6. Änderung des Strafgesetzbuches**

*In erster Lesung wurde ein Gesetzesentwurf beraten, der die Weisung zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung (elektronische Fußfessel) bei verurteilten extremistischen Straftätern nach der Entlassung in zwei Punkten ausweiten soll. Eine elektronische Aufenthaltsüberwachung wäre so auch bei den Vergehen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, Terrorismusfinanzierung, der Unterstützung einer in- oder ausländischen terroristischen Vereinigung und des Werbens um Mitglieder oder Unterstützer für Selbige nach der Verbüßung von Haftstrafen möglich. Darüber hinaus sollen für die Anordnung künftig zwei statt wie derzeit drei Jahre Haft ausreichend sein.*

## **7. Relevantes aus Mannheim und der Region**

### **Gesucht: Deutschlands beliebteste Pflegeprofis**

*Gemeinsam mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung e.V. (PKV) freue ich mich über die Teilnahme Mannheimer Bürgerinnen und Bürger an der Ausschreibung „Gesucht: Deutschlands beliebteste Pflegeprofis“. Hierbei handelt es sich nach meinem Dafürhalten um einen tollen Wettbewerb, denn dadurch erfahren die mehr als 1,5 Millionen Menschen, die in der Kranken- und Altenpflege arbeiten und die eine wesentliche Stütze unseres Gesundheitssystems darstellen, die Aufmerksamkeit und Anerkennung, die ihnen zusteht. Ich rufe daher Patienten, Angehörige, Kollegen oder Freunde auf, ihre Lieblingspflegekraft mit einer persönlichen Botschaft zu nominieren und als „Deutschlands beliebtesten Pflegeprofi“ vorzuschlagen. Dies ist ab sofort auf der Internetplattform [www.deutschlands-pflegeprofis.de](http://www.deutschlands-pflegeprofis.de) bis zum 30. April 2017 möglich. Die Pflegeprofis, die in der Online-Abstimmung die meisten Stimmen in ihrem Bundesland erhalten, werden zu einem „Fest der Pflegeprofis“ nach Berlin eingeladen. Es winken attraktive Wellness-Preise für die Pflegeprofis, die auf dem Siegertreppchen landen und unter allen Vorschlagenden wird ein Wellnesspaket verlost.*

*Es gibt kaum Bürger, die nicht regelmäßig mit Pflegekräften in Berührung kommen. Nahezu jeder hat einen Familienangehörigen, Bekannten oder Freund, der auf die Hilfe einer Pflegekraft angewiesen ist. Sollten Sie eine Pflegekraft kennen, die besonders hingebungsvoll ihrer Arbeit nachgeht, dann haben Sie jetzt unter [www.deutschlands-pflegeprofis.de](http://www.deutschlands-pflegeprofis.de) eine wunderbare Möglichkeit, „Danke“ zu sagen.*